

23.05.2013

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1063 vom 10. April 2013  
des Abgeordneten Kai Abruszat FDP  
Drucksache 16/2576

### **Geldwäschekontrolle durch kommunale Ordnungsämter – Welches Konzept verfolgt die Landesregierung wirklich?**

**Der Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk** hat die Kleine Anfrage 1063 mit Schreiben vom 23. Mai 2013 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Finanzminister, dem Minister für Inneres und Kommunales und dem Justizminister beantwortet.

#### ***Vorbemerkung der Kleinen Anfrage***

Während der Großen Koalition in Berlin wurde 2008 das „Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten“ (Geldwäschegesetz, GWG) novelliert. Bis heute fehlt es offenbar an einer klaren Umsetzung auf Länderebene. Während die Landesregierung publicitywirksam den Kauf von Steuer-CDs im Kampf gegen Steuerhinterziehung propagiert, bleibt sie offenbar im Kampf gegen die Geldwäsche ein klares Konzept schuldig. In der Sendung des WDR-Magazins Westpol vom 07.04.2013 hat ein Vertreter des Bundes Deutscher Kriminalbeamter erklärt, dass nach vorsichtiger Schätzung für Nordrhein-Westfalen von einer Größenordnung von rund 10 Milliarden Euro per anno kriminell erwirtschaftetes Geld ausgegangen werden muss. Nach Informationen von Westpol soll ein interner Verordnungsentwurf der Landesregierung vorsehen, dass wenige Stichproben in ganz NRW anstelle von flächendeckenden Kontrollen ausreichen sollen. Geplant seien laut Westpol pro Jahr lediglich 200 Kontrollen. Durchgeführt werden sollen die Kontrollen dann auch nicht von den Strafverfolgungsbehörden, sondern von den kommunalen Ordnungsämtern. Bereits dieser Ansatz, kommunale Ordnungsbedienstete gegen global agierende Kriminalität im Bereich der Geldwäsche ankämpfen zu lassen, verspricht vom Grundsatz her nicht die erforderliche Aussicht auf Erfolg. Geldwäschekontrolle ist definitiv kein kommunales Kerngeschäft.

Datum des Originals: 23.05.2013/Ausgegeben: 28.05.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

## Vorbemerkung der Landesregierung

Das „Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten“ (Geldwäschegesetz, GwG, BGBl. 2008, 1690) normiert unterschiedliche Sorgfaltspflichten, die im Geschäftsverkehr durch dort genannte Adressatenkreise zum Zwecke der Geldwäscheprävention und der Verhinderung der Terrorismusfinanzierung zu beachten sind. Hierbei handelt es sich primär um Identifizierungs- und Dokumentationspflichten sowie um die Verpflichtung, betriebsinterne Sicherungsvorkehrungen zu treffen, um einen Missbrauch des Betriebes zum Zwecke der Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung zu verhindern (z.B. Benennung eines Geldwäschebeauftragten, Durchführung von Mitarbeiterschulungen, Erlass von Arbeitsanweisungen etc.).

Gemäß § 16 Absatz 1 Satz 1 GwG üben die nach diesem Gesetz zuständigen Behörden die Aufsicht über die Verpflichteten aus. Gegenstand der Aufsichtstätigkeit ist es, die Einhaltung der oben genannten formalen Pflichten anhand im Betrieb vorhandener Informationsquellen zu überprüfen. Beim Vorliegen von Verstößen gegen Sorgfaltspflichten nach dem GwG kann eine bußgeldbewehrte Ordnungswidrigkeit gegeben sein.

Erhält die Aufsichtsbehörde im Rahmen ihrer Kontrolltätigkeit Kenntnis von Umständen, die den Verdacht der Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung begründen, so ist sie – in gleicher Weise wie die nach dem Gesetz Verpflichteten selbst – gehalten, gegenüber dem Bundeskriminalamt und der zuständigen Strafverfolgungsbehörde eine Verdachtsanzeige zu erstatten (§ 14 GwG). Demgegenüber liegt es nicht in der Zuständigkeit der Aufsichtsbehörden nach dem GwG, gegen „global agierende Kriminalität im Bereich der Geldwäsche“ anzukämpfen. Bei der Geldwäsche handelt es sich um einen Straftatbestand (§ 261 StGB). Ergeben sich aus einer Verdachtsanzeige oder aus anderen Umständen im Einzelfall zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine Straftat, sind Polizei und Staatsanwaltschaft als Ermittlungsbehörden nach der Strafprozessordnung zum Einschreiten berufen.

### **1. Welche Beweggründe haben die Landesregierung dazu veranlasst vorzusehen, die Geldwäschekontrolle auf kommunale Ordnungsbehörden abzuwälzen?**

Da nicht erkennbar ist, dass der Bund dem Bundesrat folgt und eine Übertragung der Zuständigkeit auf die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) durch das Bundesfinanzministerium vornimmt, muss das Land eine eigene Vollzugslösung finden. Das Land hat vor diesem Hintergrund eine Lösung favorisiert, bei der die Vollzugshandlungen auf die Kreisordnungsbehörden und die Bezirksregierungen aufgeteilt werden. Der Städtetag beruft sich demgegenüber darauf, dass die Geldwäschebekämpfung im vollen Umfang eine kriminalpräventive polizeiliche Tätigkeit darstelle. Diese Auffassung wird seitens der Landesregierung nicht geteilt (s.o.).

### **2. Welche Kontrolldichte hält die Landesregierung angesichts von fast 50.000 Gewerbebetrieben in Nordrhein-Westfalen für notwendig, um eine effektive Geldwäschekontrolle in NRW sicherzustellen?**

Derzeit wird die Geldwäschekontrolle in allen Bundesländern aufgebaut. Dabei werden einvernehmlich risikoorientierte Ansätze verfolgt. Die Dokumentations- und Identifizierungspflichten dienen in erster Linie dazu, das Umfeld einer potenziellen Geldwäsche einzudämmen. Entsprechend müssen hier, auch um unnötige Bürokratie zu vermeiden, Information, Aufklärung, Beratung, schriftliche Abfragen und vor Ort Kontrollen in einander greifen. Die

notwendige Kontrolldichte kann, mangels Vorgaben des Gesetzgebers, nur nach und nach im Wege regelmäßiger Evaluierung ermittelt werden.

- 3. Vorausgesetzt, die Landesregierung hält an einer Übertragung der Geldwäschekontrolle auf kommunale Ordnungsämter fest: Welche finanzielle Entschädigung, auch aus Gründen der Konnexität, beabsichtigt die Landesregierung den Kommunen für diese zusätzliche Aufgabe (es entstehen Personalkosten, Verwaltungsgemeinkosten, Fortbildungskosten für kommunale Bedienstete etc.) zukommen zu lassen?**

Eine hypothetische Konnexitätsberechnung ist, auch aus den unter Frage 2 genannten Gründen, nicht sinnvoll.

- 4. Zu welchem Zeitpunkt beabsichtigt die Landesregierung die entsprechende Verordnung in Kraft zu setzen?**

Die Landesregierung ist bestrebt, so schnell wie möglich eine dauerhafte Zuständigkeitsregelung zu schaffen. Derzeit besteht eine Auffangzuständigkeit der Bezirksregierungen nach § 8 Abs. 3 Landesorganisationsgesetz.

- 5. Wie groß ist der bisherige Umfang beziehungsweise die bisherige festgestellte Anzahl von Verstößen im Bereich der Geldwäsche in Nordrhein-Westfalen per anno (bitte nach Möglichkeit die Anzahl der einzelnen festgestellten Straftaten sowie die Höhe der betreffenden Geldsumme auflisten)?**

Bisher wurde in Nordrhein-Westfalen wegen Verletzung formaler Pflichten nach dem Geldwäschegesetz ein Bußgeldverfahren durch die Bezirksregierung Köln eingeleitet.

Hiervon zu trennen sind strafrechtliche Ermittlungsverfahren bzw. Verurteilungen wegen Geldwäsche.

Die Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte aus rechtswidrigen Taten im Sinne des § 261 des Strafgesetzbuches (Geldwäsche) kann eine Vielzahl verschiedener Straftatbestände erfüllen. In Frage kommen neben der „klassischen“ Geldwäsche nach § 261 StGB je nach Fallkonstellation zum Beispiel Hehlerei (§ 259 StGB), Begünstigung (§ 257 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Urkundenfälschung (§ 267 StGB), Steuerhehlerei (§ 374 AO) oder auch Betäubungsmitteldelikte. Wegen Geldwäsche kann nicht bestraft werden, wer bereits wegen Beihilfe an der Vortat strafbar ist (§ 261 Absatz 9 Satz 2 StGB).

Die Staatsanwaltschaften in Nordrhein-Westfalen erfassen als „Verfahren wegen Geldwäsche“ statistisch lediglich die Ermittlungsverfahren, in denen Geldwäsche als alleiniger oder „führender“ Tatvorwurf zu prüfen ist. Zu der Anzahl sämtlicher Straftaten mit Geldwäschebezug liegen im Geschäftsbereich des Justizministeriums keine Statistiken vor.

Dies vorausgeschickt, ergeben sich aus der Statistik der Staatsanwaltschaften des Landes Nordrhein-Westfalen folgende Zahlen zu Ermittlungsverfahren wegen Geldwäsche:

	2009	2010	2011	2012
Neuzugänge	2.719	4.694	5.666	4.458
Erledigungen	2.573	4.252	5.845	4.669
Art der Erledigung				
Anklage	58	65	93	97
Antrag auf Erlass eines Strafbefehls	42	91	81	75
Einstellung mit Auflage, § 153 a StPO	16	36	23	28
Einstellung nach § 170 Abs. 2 StPO	1.687	2.374	3.361	2.848
Verbindung mit anderer Sache	250	514	700	515
Abgabe an eine andere StA	313	665	955	597
sonstige Art der Erledigung	207	505	631	508

Gemäß der Strafverfolgungsstatistik ist es in den Jahren 2009 bis 2011 zu folgenden Verurteilungen wegen Geldwäsche gekommen, wobei auch hier nur solche Verfahren erfasst sind, bei denen die Geldwäsche das alleinige oder „führende“ Delikt gewesen ist:

StGB § 261	2009	2010	2011
	70	116	142

Die Strafverfolgungsstatistik für das Jahr 2012 liegt noch nicht vor.

Neben den justiziell erfassten Zahlen zu Ermittlungsverfahren wegen Geldwäsche erfasst die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen Daten zu den von den Verpflichteten nach dem Geldwäschegesetz an das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen übermittelten sogenannten Geldwäscheverdachtsmeldungen. Soweit diese nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet und dort zum Gegenstand eines staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens werden, fließen die Daten in die justizielle Statistik zu den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren ein. Einzelheiten zu den beim Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen bearbeiteten Geldwäscheverdachtsmeldungen und den in diesem Zusammenhang festgestellten polizeilichen Ermittlungsergebnissen sind mit erläuternden Hinweisen im Lagebild Finanzermittlungen 2012 des Landeskriminalamts Nordrhein-Westfalen veröffentlicht ([http://www.polizei.nrw.de/artikel\\_5107.html](http://www.polizei.nrw.de/artikel_5107.html)). Auszüge aus dem Lagebild sind als **Anlagen 1 und 2** beigelegt.

Wegen des Verdachts der Geldwäsche sicherten die Polizeibehörden in Nordrhein-Westfalen im Rahmen vermögensabschöpfender Maßnahmen seit 2003 mehr als 20 Millionen Euro (**Anlage 3**). Zur Höhe der bei einzelnen Straftaten der Geldwäsche festgestellten Geldsumme liegen der Polizei und der Justiz Nordrhein-Westfalen keine statistischen Daten vor.

# Anlage 1

## Geldwäscheverdachtsmeldungen nach Verpflichteten:

Jahr	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
<b>Verdachtsmeldungen (§ 11 GwG)</b>	1 479	1 714	1 775	2 154	1 860	1 602	1 902	2 258	2 703	2 813
<b>Kreditinstitute</b>	1 372	1 364	1 457	1 745	1 483	1 344	1 723	2 045	2 396	2 419
private Geschäftsbanken	636	575	602	707	566	549	776	910	1 221	1 101
Sparkassen, Girozentrale	579	604	680	824	668	601	743	886	923	1 025
Genossenschaftsbanken	143	167	150	186	215	181	190	236	242	275
Deutsche Bundesbank	13	18	23	27	31	12	14	5	4	4
sonstige Kreditinstitute	1	-	2	1	3	1	-	8	6	14
<b>Versicherungsunternehmen</b>	7	15	12	10	18	12	14	22	32	26
<b>Finanzdienstleistungsinstitute</b>	96	323	303	392	340	235	152	178	257	333
Finanzunternehmen	1	-	1	4	11	2	-	4	2	8
Investmentaktiengesellschaft	-	-	-	-	1	-	-	-	1	-
Spielbanken	2	2	-	2	-	-	1	-	2	5
<b>Behörden (§ 14 GwG)</b>	-	-	-	-	-	-	-	-	1	2
<b>andere Verpflichtete</b>	1	10	2	1	7	9	12	9	12	20
<b>sonstige Geldwäschehinweise</b>	30	54	16	9	21	44	35	42	31	30
Privatpersonen	1	2	1	1	-	-	2	1	1	2
Finanzbehörden (§ 31b AO)	1	16	2	1	14	31	20	28	18	19
Bargeldkontrollen (§ 12a ZollVG)	13	18	12	7	7	7	8	12	10	5
Sonstige	15	18	1	-	-	6	5	1	2	4
<b>Gesamthinweise Geldwäsche</b>	1 509	1 768	1 791	2 163	1 881	1 646	1 937	2 300	2 734	2 843



## Anlage 2

### Ermittlungsergebnisse aus Geldwäscheverdachtsmeldungen

Jahr	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
<b>Verfahren abgeschlossen</b>	<b>1 664</b>	<b>1 830</b>	<b>1 882</b>	<b>2 099</b>	<b>1 937</b>	<b>1 663</b>	<b>2 028</b>	<b>2 286</b>	<b>2 727</b>	<b>2 916</b>
Einstellungsvorschlag an STA	1 112	1 291	1 386	1 281	848	834	817	756	1 094	1 435
Grund:										
kein hinreichender Tatverdacht	957	1 240	1 344	1 234	801	765	763	693	1 056	1 401
keine Straftat	155	51	42	47	47	69	54	63	38	34
<b>Abgabe an andere Behörden</b>	<b>552</b>	<b>539</b>	<b>496</b>	<b>818</b>	<b>1 089</b>	<b>829</b>	<b>1 211</b>	<b>1 530</b>	<b>1 633</b>	<b>1 481</b>
Delikt:										
Geldw äsche	12	3	31	251	462	204	500	667	719	472
davon:										
Finanzagenten	x	x	16	223	436	170	425	550	631	400
Betrug	278	350	280	352	291	285	367	443	582	648
Verstoß gg. Abgabenordnung	115	24	59	79	154	170	214	275	192	120
Insolvenzdelikt	8	7	6	15	17	33	30	20	16	30
Verstoß gg. BtMG	11	39	26	18	34	32	18	18	28	30
Verstoß gg. Arzneimittelgesetz	x	x	x	x	-	3	-	5	5	9
Urkundenfälschung	13	36	31	27	25	21	15	10	17	35
Untreue	8	12	8	9	22	13	11	21	14	21
unerlaubtes Glücksspiel	-	3	2	3	5	4	10	2	2	-
Diebstahl	6	8	6	6	6	4	4	10	7	16
Hehlerei	7	7	11	5	7	9	1	3	4	6
illegale Beschäftigung	x	x	x	x	1	4	3	7	3	5
Staatsschutzdelikt	11	5	5	2	12	4	5	6	8	14
sonstige Delikte	83	45	31	51	53	43	33	43	36	75





### Anlage 3

Sicherungssummen nach Deliktsbereichen / Verwaltungsrecht (in Tausend Euro)  
(in Klammern: Anzahl der Schuldner)

Jahr	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
<b>Betrug</b>	22 069	32 172	13 722	12 424	9 298	21 196	16 069	11 424	14 651	11 700
	x	x	(226)	(180)	(146)	(180)	(180)	(195)	(144)	(130)
<b>BtmG</b>	3 472	4 733	4 222	3 778	4 543	4 460	5 908	4 186	4 308	4 575
	x	x	(517)	(493)	(494)	(497)	(452)	(431)	(362)	(323)
<b>Diebstahl</b>	9 576	6 893	4 596	6 075	2 857	3 948	6 383	3 632	2 827	2 896
	x	x	(237)	(261)	(170)	(232)	(210)	(179)	(153)	(122)
<b>Erpressung</b>	28	984	873	2 766	277	3	119	90	60	258
	x	x	(12)	(6)	(7)	(3)	(8)	(11)	(8)	(5)
<b>Geldfälschung</b>	64	18	30	41	5	45	34	4	34	
	x	x	(1)	(4)	(1)	(4)	(2)	(1)	(8)	(1)
<b>Geldwäsche</b>	3 001	782	2 678	1 906	2 169	1 344	1 471	6 786	200	559
	x	x	(26)	(18)	(19)	(12)	(19)	(28)	(14)	(15)
<b>Hehlerei</b>	15 451	1 771	3 426	1 487	4 582	1 336	1 389	1 916	1 451	4 707
	x	x	(47)	(77)	(54)	(41)	(30)	(47)	(25)	(24)
<b>Insolvenzdelikt</b>	38	-	1 282	8	28	37	197	19	5 671	240
	x	x	(1)	(2)	(1)	(1)	(4)	(1)	(2)	(3)
<b>Korruption</b>	2 391	712	692	1 302	217	119	1 351	1 260	1 099	312
	x	x	(8)	(6)	(5)	(2)	(18)	(11)	(8)	(1)
<b>Menschenhandel</b>	35	155	249	205	1 681	51	6	145	19	215
	x	x	(2)	(10)	(13)	(8)	(2)	(7)	(1)	(3)
<b>OWIG</b>	3	-	22	-	-	-	-	2	-	-
	x	x	(2)	-	-	-	-	(1)	-	(1)
<b>Raub</b>	2 582	1 955	1 617	125	276	154	1 109	401	382	677
	x	x	(34)	(18)	(23)	(17)	(32)	(34)	(18)	(24)
<b>Staatschutzdelikt</b>	-	-	1	25	-	-	-	-	-	-
	x	x	(1)	(1)	-	-	-	-	-	(1)
<b>Steuerdelikt</b>	2 729	1 262	3 935	496	1 295	1 989	689	2 233	4 184	218
	x	x	(35)	(5)	(6)	(16)	(10)	(12)	(27)	(6)
<b>Tötungsdelikt</b>	18	25	-	4	4	6	-	114	6	40
	x	x	-	(2)	(2)	(1)	(1)	(2)	(1)	(3)
<b>Umweltdelikt</b>	31	-	4	-	1 169	428	-	-	-	-
	x	x	(1)	-	(2)	(3)	-	-	-	(1)
<b>Unerl. Glücksspiel</b>	1 350	213	1 221	1 857	3 670	195	96	8 176	360	2
	x	x	(20)	(19)	(42)	(15)	(16)	(69)	(17)	(2)
<b>Unterschlagung</b>	1 207	717	1 536	1 883	742	4 810	2 790	1 737	1 808	433
	x	x	(48)	(54)	(50)	(51)	(45)	(25)	(36)	(11)
<b>Untreue</b>	3 486	2 549	2 244	7 529	8 238	5 887	4 392	4 637	11 688	9 433
	x	x	(27)	(42)	(30)	(38)	(27)	(25)	(24)	(10)
<b>Urkundendelikt</b>	306	2	1 099	-	8	16	378	27	-	4
	x	x	(11)	-	(2)	(2)	(5)	(3)	-	(2)
<b>Verbreitung Pornographie</b>	21	40	44	19	36	30	39	32	22	x
	x	x	(57)	(25)	(60)	(45)	(56)	(52)	(36)	x
<b>WaffenG</b>	11	6	3	1	4	143	1	11	2	
	x	x	(1)	(2)	(2)	(7)	(1)	(1)	(2)	(1)
<b>Zuhälterei</b>	4	-	-	23	62	38	-	1	7	x
	x	x	-	(1)	(6)	(1)	-	(1)	(1)	x
<b>Sonstige</b>	1 396	5 134	2 191	3 013	1 418	921	1 170	248	740	501
	x	x	(54)	(70)	(58)	(32)	(27)	(18)	(29)	(37)
<b>Polizeirecht</b>	-	-	-	22	12	11	35	-	534	285
	x	x	-	(1)	(1)	(1)	(2)	-	(23)	(20)
<b>Gesamt</b>	69 270	60 123	45 687	44 989	42 593	47 167	43 628	47 081	50 053	37 057
	x	x	(1 368)	(1 297)	(1 194)	(1 209)	(1 147)	(1 154)	(939)	(741)

X = Wert wurde nicht erhoben; - = keine Sicherung bzw. keine Verfahren